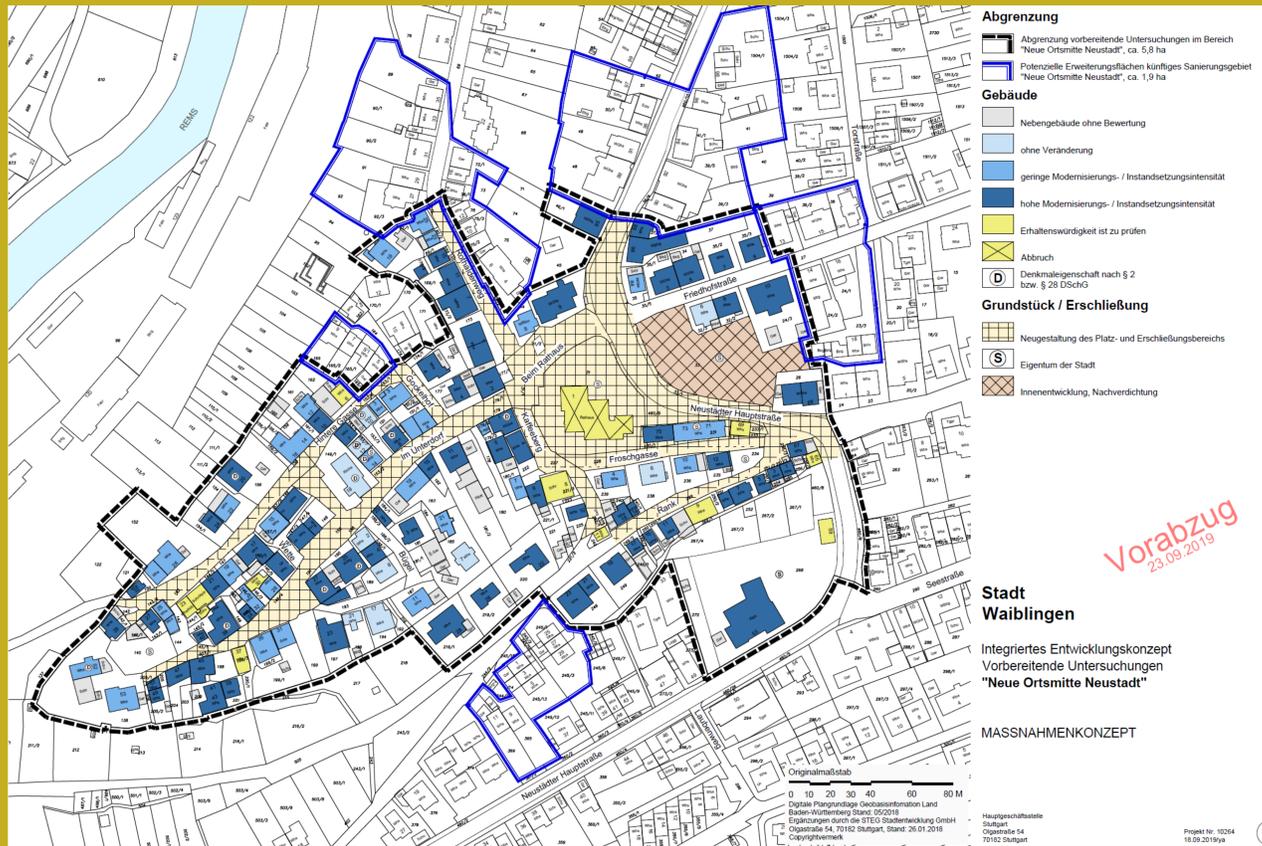


Wissenswertes für Eigentümer/-innen



Vorläufiger Maßnahmenplan (Stand: 23.09.2019)
Vorläufig geplante Maßnahmen als Grundlage für die städtebauliche Sanierung in der „Neuen Ortsmitte Neustadt“

Rechte und Pflichten als Eigentümer/-in

Wie ein Sanierungsverfahren abläuft und welche Spielregeln dabei gelten, regelt das Baugesetzbuch (BauGB). Im Teil des „Besonderen Städtebaurechts“ sind alle Rechtsvorschriften für Sanierungsgebiete verankert. Dort ist festgelegt, was die Stadt bei der Sanierungsdurchführung zu beachten hat. Wenn Sie Eigentümer/-in im Sanierungsgebiet sind, können sich daraus Vorteile, wie eine steuerliche Sonderabschreibung nach Einkommensteuergesetz (EStG), aber auch andere Rechte und Pflichten ergeben. Auf diesem Poster stellen wir Ihnen daher wichtige rechtliche Aspekte vor.

Wichtig zu Wissen!

In jedem Sanierungsgebiet gilt:

- Sanierungsvermerk im Grundbuch
- Vorkaufsrecht der Stadt beim Grundstücksverkehr
- Sanierungsgenehmigung
- Steuerliche Vergünstigungen
- Zuschüsse zur Sanierung Ihres Gebäudes

Was sollte ich als Eigentümer/-in noch wissen?



vorher



Nachher

Sanierungsvermerk

§ 143 Abs. 2 BauGB

Mit der Sanierungssatzung müssen alle Grundstücke im Sanierungsgebiet gemäß Baugesetzbuch mit einem Sanierungsvermerk versehen werden. Dieser hat keine unmittelbare rechtliche Wirkung, lediglich eine Informations- und Sicherungsfunktion für den Grundstücksverkehr.

Durch den Sanierungsvermerk wird klar, dass das Grundstück in einem Sanierungsgebiet liegt und die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten sind. Mit der rechtswirksamen Sanierungssatzung ist eine Veränderung der Grundbucheinträge nur mit Zustimmung der Stadt möglich.

Der Eintrag wird nach Abschluss der Sanierung und Aufhebung der Sanierungssatzung wieder gelöscht. Den Eigentümern entstehen keine Kosten.

Genehmigungspflicht

§§ 144 und 145 BauGB

Wollen Sie als Eigentümer/-in ihr Gebäude im Sanierungsgebiet verkaufen, abrechen oder neu bauen, benötigen Sie gemäß Baugesetzbuch eine Genehmigung der Stadt. Es besteht also eine besondere Genehmigungspflicht für bestimmte Vorhaben in einem Sanierungsgebiet. Dazu zählt, wenn eine Eigentümerin bzw. ein Eigentümer beabsichtigt,

- ein Grundstück zu verkaufen oder zu teilen,
- eine Hypothek aufzunehmen,
- eine Baulast einzutragen,
- einen Miet-/Pachtvertrag abzuschließen,
- ein Gebäude zu errichten oder abzubauen,
- an Gebäuden Instandsetzungen und Modernisierungen vorzunehmen (auch, wenn keine Baugenehmigung erforderlich ist),
- eine Änderung der Gebäudenutzung vorzunehmen, z. B. die Umwandlung einer Wohnung in ein Büro.

Steuerliche Abschreibung

§§ 7h, 10f und 11a EStG

Im Einkommensteuergesetz sind besondere Abschreibungsmöglichkeiten für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen verankert – auch für ein eigengenutztes Gebäude. Voraussetzung ist eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Eigentümerin bzw. dem Eigentümer und der Stadt. Zu beachten ist, dass nur Maßnahmen am Bestand steuerlich begünstigt sind. Wohnraumerweiterungen und Umnutzungen bleiben in der Regel außen vor. Nach Abschluss der Baumaßnahmen ist eine Steuerbescheinigung bei der Stadt zu beantragen, die Eigentümer/-innen ihrem Finanzamt vorlegen können. Bei eigengenutzten Gebäuden erfolgt die Abschreibung über zehn Jahre jeweils mit 9 % der Kosten. Die Abschreibung anderer Gebäude läuft in den ersten acht Jahren mit 9 % und danach weitere vier Jahre mit 7 %.

Ausgleichsbetrag

§ 154 BauGB

Durch die Sanierungsmaßnahmen der Stadt wie beispielsweise Straßengestaltungen, Schaffung von Grünflächen und neuen Gemeindeeinrichtungen wird das Sanierungsgebiet aufgewertet. Dadurch kann sich auch der Wert der privaten umliegenden Grundstücke erhöhen. Die Eigentümer/-innen im Sanierungsgebiet profitieren also von den Maßnahmen, die mit öffentlichen Fördergeldern finanziert werden.

Entsteht am Sanierungsende ein nennenswerter Wertzuwachs, dann ist die Stadt gesetzlich verpflichtet, einen Teil des Vorteils von den Eigentümer/-innen einzufordern. Ob überhaupt und in welcher Höhe ein Ausgleichsbetrag für Eigentümer/-innen entsteht und erhoben wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht vorhergesagt werden.

„Durch Zuschüsse und steuerliche Abschreibung kann ich viel Geld sparen.“